Zweiter Sächs. Katholikentag Leipzig 24. bis 26. September

Der Aufruf zum Zweiten Sächsischen Katholikentag ist in diesen Tagen in der „Sächsischen Volkszeitung" wiederholt veröffentlicht worden. Das Programm ist festgelegt. Einen Hauptteil wird ein feierlicher Gottesdienst bilden, den Se. Bischöfliche Gnaden, der Apostolische Vikar, Herr Dr. theol. Franz Löbmann, selbst halten wird. Am Sonntag den 26. September vormittags 9 Uhr wird in der großen Alberthalle des Kristallpalastes das feierliche Pontifikalamt stattfinden. Da Leipzig keine geräumige Kirche, wie Dresden mit seiner schönen Hofkirche, besitzt, mußte, um einen einheitlichen Gottesdienst zu erreichen, die Alberthalle, die ja auch die Festhalle der Hauptversammlung sein wird, genommen werden; wir folgen damit dem Beispiele mehrerer großen allgemeinen deutschen Katholikenversammlungen vor dem Kriege. Jeder Teilnehmer kann auf Grund seiner Teilnehmerkarte von seinem Platze aus der heiligen Handlung beiwohnen. Für das Parkett, die Tribünenlogen und den 1. Rang werden reservierte Karten ausgegeben, der 2. und 3. Rang sind unnummeriert. Der Herr Bischof wird von den assistierenden Priestern und dem Klerus feierlich empfangen werden. Es singt der aus den vier Leipziger katholischen Kirchenchören zusammengestellte Chor unter der bewährten Leitung des Herrn Lehrers Pertus die uralte christliche Begrüßungsantiphon Ecce sacerdos magnus. Nachdem der Herr Bischof am errichteten bischöflichen Thron die vorgeschriebenen Meßgewänder angezogen und Mitra und Stab genommen, beginnt das feierliche Amt. Der Kirchenchor wird eine hl. Messe von Witterer singen, begleitet von Instrumentalmusik. Die freiwilligen Mitwirkenden sind meist musikkundige Damen und Herren unserer katholischen Familien, unterstützt von einigen Berufsmusikern und Künstlern. Neuanmeldungen zur Mitwirkung, sei es gesanglich, sei es mit einem Streich- oder Blasinstrument, nimmt Herr Lehrer Pertus gern entgegen (Leipzig, Alexanderstraße 35, 1. kath. Schule). Am Schlusse des Amtes erteilt der hochw. Herr den bischöflichen Segen. Ein Segen mit dem Allerheiligsten findet nach dem Amte nicht statt, ebenso können die Gläubigen beim Pontifikalamt nicht zur hl. Kommunion gehen. Während der hochw. Herr die bischöflichen Gewänder ablegt, singen die Gläubigen ein deutsches Lied, begleitet von der großen Orgel der Alberthalle. Wie der Einzug des Bischofs, so gestaltet sich auch der feierliche Wegzug. Der Besuch des Pontifikalamtes gilt als kirchlich vorgeschriebener Besuch des sonntäglichen Gottesdienstes. In der Stadtpfarrkirche Weststraße sind am 26. September die hl. Messen wie an den Sonntagen, die letzte um 11.15 Uhr, in den übrigen drei Pfarreien (St. Marien, Lindenau, Karl-Heine-Straße 110, St. Laurentius, Reudnitz, Friedrich-Wilhelm-Straße 20, St. Georgskapelle, Gohlis, Jägerplatz) wird vermutlich nur Frühmesse sein. Bei den sonntäglichen Gottesdiensten pflegt wohl überall eine Sammlung für einen guten Zweck abgehalten zu werden; da Leipzig-Gohlis immer noch gezwungen ist, für seinen Kirchenbau zu sammeln, hat Se. Bischöfl. Gnaden in dankenswerter Weise den Wunsch geäußert, daß beim Pontifikalamte für den Kirchenbau in Leipzig-Gohlis eine Tellersammlung gehalten wird.

Möge die hl. Feier zu Ehren des Allerhöchsten weihevoll verlaufen und für die Beratungen und Versammlungen des Zweiten Sächsischen Katholikentages reichen Segen erwirken! Mögen recht viele aus Leipzig und Umgebung und aus dem übrigen Freistaate und der Provinz Sachsen sowie aus Thüringen zur Tagung kommen und neue hl. Begeisterung in sich aufnehmen. Melde sich ein jeder rechtzeitig beim Finanz- und Wohnungskomitee in Leipzig an. Wir Leipziger wollen alles versuchen, um den von auswärts Kommenden einige schöne, unvergessene Stunden inneren katholischen Erlebens zu bieten.

Also auf in Massen nach Leipzig zum 24. bis 26. September!

—e.

Zur Politik der Eisenbahner

Berlin, 7. Sept. Das Vorgehen der Erfurter Eisenbahnarbeiter wird auch von den nichtdemokratischen Blättern scharf gebrandmarkt. Der „Vorwärts" schreibt: Die Arbeiterschaft in Erfurt stehe fast ganz unter unabhängigen und kommunistischen Einflüssen. Die Arbeiter, die trotz der Verhandlungen ihrer Kommission aus Eigenem heraus zu der wilden Maßregel griffen, seien augenscheinlich das Opfer kommunistischer Phrasenhelden geworden. Wahrscheinlich sei, daß die Entlassung und mögliche Bestrafung der betellioten Arbeiter wiederum zu einer Generalstreikbewegung Veranlassung geben werden. Hoffentlich werde aber die Mehrheit der Arbeiter aus solchem Anlaß sich nicht in unbesonnene Handlungen hineintreiben lassen, die schließlich mit einer Niederlage wie in Stuttgart enden müßten. — Der „Berl. Lokalanzeiger" erklärt, daß ein Streik der Betriebsräte von vornherein nur ein Teilstreik sein könnte, der für die Betriebslage auf den Eisenbahnen vollständig bedeutungslos bleiben würde.

Gegen Groener

Berlin, 6. September. Die sozialdemokratische Kontroll-Kommission Berlin-Brandenburg für die Waffen-, Munitions- und Truppentransporte veröffentlicht einen Aufruf an die Arbeiter und Angestellten Berlin-Brandenburgs unter der Ueberschrift: „Nebt Solidarität!" Darin heißt es: „Unserem Aufrufe vom 28. August, betreffend die Kontrolle der Waffen-, Munition und Truppentransporte, hat die Arbeiterschaft erfreulicher Weise Folge geleistet. Eine große Anzahl von Transporten mit Kriegskonterbande ist angehalten worden. Eine Vollmacht ist der unterzeichneten Kommission bisher verweigert worden. Nicht genug damit, es ist noch eine Verfügung des Reichsverkehrsministers Groener ergangen, durch die jede Mitwirkung der Arbeiterschaft bei der Kontrolle ausgeschaltet wird. Verhandlungen, welche daraufhin seitens der Arbeitervertreter eingeleitet wurden, sind sowohl vom Reichsverkehrsminister, als auch vom Reichskanzler abgelehnt worden. Die Kontroll-Kommission Berlin-Brandenburg hält ebenso wie die Reichskommission für ganz Deutschland nach wie vor an ihrem Aufrufe fest. Bleibt wachsam! rufen wir der Arbeiterschaft Berlin-Brandenburg zu. Verweigert auch weiterhin jegliche Transporte von Kriegsmaterial."

Berlin, 6. Sept. In einer Konferenz des Bezirksvorstandes der deutschen Eisenbahnerverbände für den Eisenbahndirektionsbezirk Münster wurde eine Entschließung gefaßt, in der es heißt: Die Reichsregierung, die zugesagt hatte, daß die Kontrolle der Waffen- und Munitionstransporte unter Mitwirkung der Vertreter der Arbeiterschaft erfolgen solle, hat sich durch ihren Brief vom 28. August in Widerspruch zu dieser Vereinbarung gestellt. Es ist aber der unabänderliche Wille des Deutschen Eisenbahnerverbandes, gemeinschaftlich mit der übrigen arbeitenden Bevölkerung zu entscheiden, welche Maßnahmen zum Wiederaufbau Deutschlands ergriffen werden sollen. Man würde jetzt erst recht mit peinlichster Sorgfalt die Transportprüfungen vornehmen.

Der russische Rückzug

Königsberg, 6. Sept. Zur Lage wird berichtet: Oertliche Kampfhandlungen zwischen Litauen und Polen in der Gegend von Suwalki dauern an. An der polnischen Nordfront und im Zentrum geringe Kampftätigkeit nordöstlich von Brest-Litowsk, am Bug, südlich Moldawa und östlich Cholm. In Galizien Kämpfe in Gegend Bologoy.

Kopenhagen, 6. Sept. „Politiken" meldet aus Warschau, daß die Polen sich in großer Besorgnis darüber befänden, daß die Bolschewisten eine neue starke Armee in Litauen konzentrieren und weil sich dort umfassende Operationen der russischen Armee bemerkbar machen. Das polnische Heer wird den Vormarsch erst dann einstellen, sobald es 10 bis 15 Kilometer über Polens ethnographischen Grenzen hinaus marschiert ist. Dann wird diese Linie befestigt und Brückenköpfe eingesetzt werden. Die Alliierten sind hiermit einverstanden.

Kopenhagen, 6. Sept. Wie der Vertreter der „Berlingske Tidende" aus Warschau meldet, ist es Budjenny gelungen, sein Heer mit ziemlich gutem Erfolge über den Bug zurückzuziehen. Seine Verluste sind nicht so groß, wie man angenommen hatte. Bei Lemberg gehen die Bolschewisten zurück unter kleineren Kämpfen. Gestern beschäftigte sich der nationale Verteidigungsrat mit dem von der Regierung und dem parlamentarischen Rate ausgearbeiteten Vorschlage zu den Friedensbedingungen, die in Riga den Russen gestellt werden sollen. Der Minister des Aeußeren wird sich am Dienstag nach Riga begeben, um der Einleitung der Friedensverhandlungen beizuwohnen.

Der Donaublock

(Eigener Drahtbericht der „Sächs. Volkszeitung")

Wien, 7. September. Nach der Wiener Mittagspresse beabsichtigt der bulgarische Ministerpräsident Stambulinski noch in diesem Monat nach Beendigung der Bukarester Verhandlungen nach Wien zu reisen, um mit der österreichischen Regierung in Fühlung zu treten. Diese Reise hängt nach derselben Quelle mit den neuesten Bestrebungen auf dem Balkan zusammen, den Balkan und die Donaustaaten in einem Block zu vereinigen und entspringt demselben Plane, der zur Bildung der Kleinen Entente geführt hat. Stambulinski dürfte voraussichtlich von Wien nach Prag reisen.

Rumänien ratifiziert

(Eigener Drahtbericht der „Sächs. Volkszeitung".)

Berlin, 7. September. Wie das „Berliner Tageblatt" meldet, hat Rumänien den Friedensvertrag von Versailles ratifiziert.

Karolyi's Verrat an Mackensen

Budapest, 6. September. In der vorgestrigen Verhandlung des Prozesses gegen den Mörder des Grafen Tisza wurde Albert Varta verhört, der auf eine Frage des Staatsanwalts genau schilderte, wie die Armee Mackensen interniert wurde. Wegen des Schicksals der Armee Mackensen sagte er, stand ich in Korrespondenz mit Mackensen. Er sandte den Hauptmann Quast zu mir und ließ mich fragen, ob wir die Bedingungen des Belgrader Waffenstillstandes erfüllen wollten. Ich sagte, daß die Regierung zwar unterzeichnet habe, daß ich aber die Bedingungen sabotieren werde. Sie sollten nur ruhig nach Hause gehen. Karolyi forderte mich nun wiederholt auf, ich solle die Truppen Mackensen internieren. Ich habe mich aber geweigert und erklärt, daß ich die 300000 Mann nicht internieren könne, da ich keine Soldaten dazu habe. Ich habe mit dem Hauptmann Quast eine schriftliche Vereinbarung getroffen, deren wesentlicher Inhalt war, daß ich die deutschen Truppen nicht internieren lasse und die Zeit gegenüber der französischen Kommission so lange ausdehne bis die Deutschen sämtlich zu Hause sein werden. Demgegenüber verpflichteten sich die Deutschen, täglich 500 Waggons Kohle zu liefern, von denen ein Teil zum Rücktransport der deutschen Truppen verwendet werden sollte. Sie haben sich auch verpflichtet, die Linie Calanta—Sillein, die sie benutzen wollten, gegen die Tschechen zu besetzen, und auch die Linie Köhalem—Fogaras in Siebenbürgen so lange besetzt zu halten, bis ich sie durch neuaufgestellte Formationen ablöse. Das sollte bis zum 15. Januar geschehen. Dann mußte ich abdanken, und da Karolyi alle meine Vereinbarungen sabotierte, kam der Feldmarschall selbst nach Budapest, um mit Karolyi zu verhandeln. Dieser ließ ihn jedoch aufhalten und lieferte ihn den Franzosen aus, da er viel zu feige war, den Befehlen des Obersten Rates nicht zu gehorchen.

Der Aufruhr in Irland

Paris, 6. Sept. Nach einer Havasmeldung aus London ist der Küstenschutzposten von Ganad-Head in der letzten Nacht von bewaffneten, mit Bomben versehenen Banden überfallen worden. Nach zweistündigem Kampfe wurde der Posten überwältigt und der Waffen und Ausrüstungen beraubt. Nach einer anderen Meldung hat eine Truppe von Sinnfeinern die Kasernenanlagen von Belock in Brand gesteckt.

Paris, 6. Sept. Wie das „Journal" aus London meldet, hat Bonar Law dem Generalsekretär der Gewerkschaften, der von der Regierung die Freilassung des Bürgermeisters von Cork verlangt hat, mitgeteilt, die Freilassung sei unmöglich. Die Gerechtigkeit müsse ihren Lauf nehmen.

Das französisch-belgische Defensivbündnis

(Eigener Drahtbericht der „Sächs. Volkszeitung".)

Rotterdam, 7. September. Nach einem Berichte des „Petit Parisien" dürfte sich der Abschluß des französisch-belgischen Defensivbündnisses, dessen Redaktion die Generale Foch und Maglieno besorgt haben, etwas verzögern. Das Blatt fügt aber hinzu, daß dies keine politische Bedeutung habe, sondern nur auf die Regelung der bedeutenden politischen Punkte zurückzuführen sei. Dagegen wird aus Brüssel gemeldet, daß der 400000 Mitglieder zählende Flamenbund an den belgischen Ministerpräsidenten de la Croix einen geharnischten Protest gesandt hat gegen den Abschluß dieses belgisch-französischen Militärbündnisses. Der Bund erklärt, dieses Bündnis werde, wenn es abgeschlossen würde, keinerlei bindende Kraft besitzen, so lange es nicht von den belgischen Flamen genehmigt worden sei, und diese Genehmigung würde wahrscheinlich die größten Schwierigkeiten haben. Kein derartiges Abkommen könne gebilligt werden, sofern es die Unabhängigkeit Belgiens in der inneren und äußeren Politik beeinträchtige. Bekanntlich ist auch England durchaus kein Freund, sondern wünscht in seinem eigenen Interesse, die Neutralität Belgiens erhalten zu sehen, die mit einem derartigen Abkommen nicht im Einklang stehe.

Belgische Rüstungen

Brüssel, 6. September. Wie wenig Glauben man in Belgien an den Frieden hat, meint die „Schelde" aus dem belgischen Militärausgaben beweisen zu können. Das Blatt schreibt, daß Belgiens Militärbudget: von 90 Millionen Franken im Jahre 1914 auf 1200 Millionen Franken im Jahre 1920 gestiegen ist. Vor dem Kriege zählte die belgische Armee 45000 Mann Friedensstärke und 180000 Mann Kriegsstärke. In diesem Jahre besteht das Heer noch aus 100000 Mann, doch soll es im nächsten Jahre auf Grund der Abmachungen mit Frankreich auf 450000 Mann verstärkt werden. Vor kurzer Zeit wurden noch für 21 Millionen Franken Munition angeschafft. Die Vorräte aus dem Kriege und besonders die großen Mengen Munition, die Deutschland in Belgien zurückließ, scheinen demnach noch nicht zu genügen.

Millerand und Foch in Bonn

Bonn, 6. September. Heute trafen um 7 Uhr Millerand und Foch in einem Sonderzuge ein. Im Hause des kommandierenden Generals des 33. Armeekorps, des Generals Leconte, fand ein offizielle Essen statt. Morgen früh um 9 Uhr findet auf der Hofgartenwiese eine große militärische Parade statt, an der die gesamte französische Garnison teilnimmt.

Paris, 6. September. Wie der Sonderberichterstatter der Agence Havas aus Metz meldet, hat Millerand auf eine Begrüßungsrede im Rathaus geantwortet, von Partikularismus könne keine Rede mehr sein. Elsaß und Lothringen bildeten einen integrierenden Bestandteil Frankreichs, von dem sie nie wieder getrennt werden würden.

Zu den Ausweisungen aus dem Saargebiet

Koblenz, 6. September. Vom Reichskommissariat für die besetzten rheinischen Gebiete wird mitgeteilt: Der militärische Befehlshaber des Saargebietes hat anläßlich der neuerlichen Unruhen zahlreiche Personen aus dem Saargebiet ausgewiesen und auf das rechte Rheinufer abgeschoben. Diese militärische Maßnahme hat nicht etwa, wie vielfach angenommen worden ist, die Bedeutung einer Ausweisung aus den besetzten rheinischen Gebieten. Eine solche kann nur durch die interalliierte Rheinlandkommission in Koblenz ausgesprochen werden.

Der deutsche Gesandte für Peru

(Eigener Drahtbericht der „Sächs. Volkszeitung")

Berlin, 7. September. Geheimrat Hans Paul von Humboldt ist zum Gesandten in Peru ernannt worden. Der neue Gesandte stammt aus der bekannten Gelehrtenfamilie. Wilhelm von Humboldt ist sein Urgroßvater, Alexander von Humboldt sein Urgroßonkel. Hans Paul von Humboldt stand seit vielen Jahren im Konsulatsdienst. Er war Vizekonsul in London, Konsul in Moskau und Alexandrien und Generalkonsul in Kapstadt. Während des Krieges wirkte er in Amsterdam. Während bisher der Gesandte für Peru gleichzeitig auch die Vertretung Deutschlands für Ecuador wahrnahm, lautete der Auftrag für Humboldt nur für Peru. Nach Ecuador wird voraussichtlich ein besonderer Geschäftsträger entsandt werden. von Humboldt tritt seinen neuen Posten Ende Oktober an.

Deutsch-schweizerischer Luftverkehr

(Eigener Drahtbericht der „Sächs. Volkszeitung".)

Basel, 7. September. Wie die „Baseler Nachrichten" aus Bern erfahren, hat das deutsche Reichspostministerium die schweizerische Oberpostdirektion eingeladen, sofort Verhandlungen zwischen den beiden Ländern über die Aufnahme eines Luftpostverkehrs Basel—Frankfurt zu eröffnen.

Die Autonomie Oberschlesiens

(Eigener Drahtbericht der „Sächs. Volkszeitung".)

Berlin, 7. September. Das Reichskabinett beschäftigte sich nach dem „Lokalanzeiger" in seiner gestrigen Sitzung mit der Frage der Autonomie Oberschlesiens. Bekanntlich hatte der Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten in seiner letzten Sitzung sich ausführlich mit der Frage befaßt und schließlich auch einen Beschluß über Oberschlesien herbeigeführt. Außenminister Dr. Simons hatte erklärt, daß die Gewährung der Autonomie an Oberschlesien nicht auf Kosten des Reiches oder der Preußen geschehen dürfe. Auch in parlamentarischen Kreisen ist man der Ansicht, daß man den Gefühlen der Bevölkerung Rechnung tragen müsse. Man ist der Meinung, daß es genügen wird, wenn man Oberschlesien als preußischer Provinz mehr Rechte gibt, als den anderen Provinzen, denn man verkennt nicht die Gefahren, die aus einer Loslösung Oberschlesiens von Preußen für Preußen und das Reich entstehen würden.

Graf Bothmer gegen Berlin

Budapest, 6. September. Der Mitarbeiter der royalistischen „Uj Nemzedek", Eugen Irinyi, hatte in München eine Unterredung mit dem Führer der bayr. Royalisten, Grafen Karl Bothmer, der ihm u. a. folgendes gesagt haben soll:

Unsere Partei steht auf dem Standpunkt, daß Bayern uns gehört. Wir wollen unsere Geschicke selbst lenken und wollen diese Aufgabe nicht Berlin anvertrauen, um so weniger, da Berlin für uns nichts weiter ist als ein Brückenkopf der dritten Internationale. Wir beurteilen die Lage in Berlin und im Norden des Reiches sehr ernst. Preußen liegt gefallen am Boden, und ich sehe die Erklärung dieser Tatsache darin, daß zwischen dem im bäuerlichen Besitz befindlichen Westen und dem Großgrundbesitzern gehörenden Osten eine tiefe Meinungsverschiedenheit herrscht. Der Westen will los von Berlin, wogegen die Landarbeiter des Ostens für die Diktatur des Proletariats eintreten. Wir müssen uns daher gegen Preußen und gegen den Norden verteidigen, und wir sind überzeugt, daß wir auch das einzig richtige Mittel dazu gefunden haben: die Bewaffnung der Bevölkerung. Diese Aktion hat nicht nur bei uns Maße angenommen, welche für den Gegner drohend sind, sondern auch in dem benachbarten Württemberg und Hessen. Diese Staaten sind gleichfalls entschlossen, der von Norden drohenden Gefahr mit der Waffe in der Hand entgegenzutreten. Der Ministerpräsident von Hessen, Ulrich, wartet nur darauf, daß Bayern den ersten Schritt tun soll. Ich bin überzeugt, daß die Kommunisten es im gegebenen Augenblick auch bei uns versuchen werden, die Räteherrschaft auszurufen, aber ein Erfolg ist ausgeschlossen. Preußen wird sich aber nicht so schnell zusammenraffen können wie Bayern oder Ungarn, da die nationale Erbitterung mit dem Gedanken des Nationalbolschewismus spielt.

Graf Bothmer wird zweifellos Gelegenheit nehmen, sich über diese ihm in den Mund gelegten Ausführungen zu äußern.

Die Unruhen in Württemberg

Stuttgart, 6. Sept. Die Straßenbahnen verkehren wieder, die Zeitungen sind heute früh zum ersten Male wieder erschienen. Die Polizeiwehr wurde gestern aus den besetzten Betrieben zurückgenommen, nur die Daimlerwerke blieben noch besetzt, da mit ihnen eine Einigung noch nicht zustande gekommen ist. Die Daimlerwerke, in denen die Frage der Wiedereinstellung infolge der Einschränkung des Betriebes eine besondere Rolle spielt, haben sich von den Vereinbarungen ausgeschlossen und sind aus dem Industrieverband ausgetreten. Seitens der Verwaltung wird erklärt, die wirtschaftliche und finanzielle Lage des Unternehmens zwinge die Werke zu erheblichen Betriebseinschränkungen. Sie würden sich auf keinen Fall zu einer Wiedereinstellung der ausgesperrten Arbeiter entschließen können und könne auch von der Regierung nicht dazu gezwungen werden. Sie würde lieber den ganzen Betrieb stillegen. Die Arbeiterschaft der Daimlerwerke hat erklärt, weiter im Streik beharren zu wollen.

Tagung des volkswirtschaftlichen Ausschusses

Berlin, 6. September. Der volkswirtschaftliche Ausschuß des Reichstages wird zur Erledigung des vorliegenden Stoffes die ganze Woche tagen. Nach eingehender Beratung der Konjunkturabgabe in der Lederindustrie und Schuhindustrie nahm der Ausschuß mit 14 gegen 12 Stimmen einen Antrag Aleotte (Zentr.) an, die Reichsregierung zu ersuchen, bei der Einziehung des Konjunkturgewinnes unter Anwendung der Bestimmungen der §§ 4 und 20 so schonend vorzugehen, daß die Lebensfähigkeit der Lederfabrikationsbetriebe, insbesondere der kleineren und mittleren, nicht gefährdet wird.

Die Einfuhr von Kaffee zugelassen

Berlin, 6. September. Wie das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft mitteilt, ist der Kaffee-Einfuhrverein in Hamburg nunmehr ermächtigt worden, bis auf weiteres die Einfuhr von Kaffee in beschränktem Umfange wieder zuzulassen. Die Höchstgrenze der Einfuhrbewilligungen ist auf 500 Sack arbeitstäglich festgesetzt.

SLUB
Wir führen Wissen.